

Berlin

MAGAZIN

Das Experiment



Foto: Markus Wächter

Jede Woche gibt es in der 1f einen Versuch. Die Klasse selbst ist auch einer: Das Modellprojekt soll Kinder aus bildungsbewussteren Familien an die Gustav-Falke-Schule holen.

Für weitere Bilder klicken Sie bitte auf das Foto.



werde, ihre Schulzeit. Heike Mohaupt überlegte, ob sie nicht doch das falsche Schiff ausgesucht hatte für ihr Kind. Ob sie ihren Sohn nicht einfach, wie ihre Nachbarn und Bekannten es taten, auf eine Grundschule in Mitte hätten schicken sollen, statt auf eine in Wedding mit einem Migrantenteil von neunzig Prozent.

Ein halbes Jahr später geht Heike Mohaupt über den Schulhof zu dem niedrigen Neubau, in dem die ersten Klassen untergebracht sind. Sie sagt, dass sie und ihr Mann froh seien über die Entscheidung. „Man spürt wirklich, dass die Schule sich Mühe gibt.“

Frederik läuft seiner Mutter entgegen, der Schultag ist zu Ende. Er geht inzwischen gern zur Schule, am Anfang hat er manchmal geweint. Es ist nicht leicht, vom Kindergartenkind zum Schulkind zu werden. Frederik weiß nicht, dass er auch noch an einer Art Experiment teilnimmt. Dass er und seine 23

von Petra Ahne

Berlin - Ende August letzten Jahres stand Heike Mohaupt in der Aula der Gustav-Falke-Grundschule und fragte sich plötzlich, ob das alles nicht doch ein Fehler war. Es war voll im Saal, sie sah viele Frauen mit Kopftüchern. In den ersten Stuhlreihen saßen die künftigen Erstklässler, zwischen dunklen Haarschöpfen leuchtete ein blonder, der ihres Sohnes Frederik.

Vorne auf der Bühne stand die Schuldirektorin mit einem Mikrofon in der Hand. Sie sprach von einem Schiff, das die Erstklässler jetzt besteigen, und das sie auf eine weite Reise mitnehmen

Klassenkameraden so etwas wie der Versuch der Gustav-Falke-Schule sind, sich selbst zu retten. Zuletzt war ihr nicht viel mehr geblieben als ihr schlechter Ruf. In den letzten Jahren halbierte sich die Zahl der Schüler fast, von 650 auf 350. Die, die noch hier angemeldet wurden, kamen fast ausschließlich aus türkisch- und arabischstämmigen Familien.

Die Schule war gezwungen, über Fragen nachzudenken, die nun wieder das ganze Land beschäftigen: Wie kann man verhindern, dass die Schere zwischen Armen und Wohlhabenden, zwischen besser und schlechter Gebildeten immer weiter aufgeht? Und wenn die weniger Gebildeten dazu noch Zuwanderer sind, wie kann man verhindern, dass sie unter sich bleiben? Was kann man tun, damit wenigstens ihre Kinder die gleichen Chancen bekommen wie die Kinder besser gestellter Familien?

Die Schule hofft, eine Antwort gefunden zu haben, und dass man diese in keine griffige Bezeichnung packen kann, zeigt schon, dass das Thema heikel ist. In der Gustav-Falke-Schule gibt es jetzt eine „NaWi-Klasse“. Die Bezeichnung steht für die naturwissenschaftlichen Experimente, die jede Woche gemacht werden, aber sie drückt sich vor dem, was die Klasse wirklich von anderen unterscheidet. „Deutsch-Garantie-Klasse“ schrieben die Zeitungen und verärgerten damit die Schuldirektorin, die den Ausdruck nicht leiden kann. Vielleicht, weil er unmissverständlich ausspricht, was die 1f von den anderen ersten Klassen an der Gustav-Falke-Grundschule unterscheidet, und auch von allen anderen ersten Klassen in Berlin: Wer hier drin ist, hat vorher einen Deutschttest bestanden.

Es war ein Angebot und gleichzeitig ein Hilferuf. Ein Versuch, Eltern zu gewinnen, die ihre Kinder sonst auf eine andere Schule schicken würden. Man hoffte vor allem auf Eltern aus Mitte. Dort sind die Schulen überfüllt, und wer nahe der Grenze zum Stadtteil Wedding wohnt, für den ist die Gustav-Falke-Schule so nah wie eine der Grundschulen in Mitte. In Metern gerechnet jedenfalls.

Tatsächlich ist für die meisten Bewohner von Mitte der Wedding so weit weg wie in den Jahren, als an der Bernauer Straße die Mauer stand. Aus der politischen ist eine soziale Grenze geworden. Hier das prosperierende Mitte. Dort das Brunnenviertel, wo sechzig Prozent der Bewohner aus Migrantenfamilien kommen und vierzig Prozent zumindest teilweise von Staatshilfe leben.

Die Klasse 1f ist schon der zweite Versuch, der Gustav-Falke-Schule wieder mehr Schüler zu verschaffen, der erste ging gründlich schief. Vor vier Jahren

änderte die Schulverwaltung die Einzugsgebiete und schlug Kinder aus Mitte der Gustav-Falke-Schule zu. Die Eltern protestierten, die Verwaltung machte einen Rückzieher, die Einzugsbereiche wurden wieder geändert. Doch dann meldete sich die Weddinger Schule bei den Eltern aus Mitte. Ihr gebt uns eure Kinder und könnt hier mitbestimmen. Das war so grob das Angebot. Es klang interessant. Man traf sich. Am Ende standen Forderungen auf einem Papier: gutes Deutschniveau, naturwissenschaftliche Experimente im Unterricht, Englisch ab der ersten Klasse. Das Papier wanderte in die Schulverwaltung, dort bekam es den umständlichen Namen „integrierte Sprachförderkonzepte“ und die Zustimmung des Senators.

Die Schule stellte ermunternde Grußworte von Klaus Wowereit und Supernanny Katharina Saalfrank auf ihre Homepage, warb in den Kitas in Mitte und Wedding für die neue Klasse und wartete auf Anmeldungen.

Heike Mohaupt ist Ingenieurin, sie trägt einen Kurzhaarschnitt und praktische Wetterjacken. Sie neigt dazu, die Dinge pragmatisch zu sehen. Gefragt, warum sie ihren Sohn in die Gustav-Falke-Schule schicke, antwortet Heike Mohaupt: „Ich finde, es gibt keinen überzeugenden Grund, es nicht zu tun.“

In der Antwort steckt auch Unverständnis. Über die anderen Eltern ihrer Nachbarschaft, die ihre Kinder am Ende doch in einer Grundschule in Mitte untergebracht haben. Nur drei Eltern aus Mitte haben das Angebot der Schule angenommen. Die anderen Kinder in der Klasse ihres Sohnes kommen aus Wedding. Heike Mohaupt hat einiges begriffen über die Menschen in ihrem Stadtteil. Die sich gern lustig machen über die Monokultur der jungen Besserverdienenden in Mitte, in Wirklichkeit darin aber nicht gestört werden wollen. Die sich empören über Thilo Sarrazins Thesen, aber lieber nicht darüber nachdenken wollen, dass gelungene Integration auch mit ihrer eigenen Bereitschaft zu handeln zu tun haben könnte.

Wenn sie auf dem Spielplatz ist und mit anderen Müttern redet, geht es jetzt wieder oft um das Thema Grundschule. Heike Mohaupt wirbt dann für die Gustav-Falke-Schule. Die Lehrerin sei gut, der Schulweg kurz. Ihre Sorge, dass ihr Sohn in der Schule das eigene soziokulturelle Umfeld nicht wiederfindet, habe sich nicht bestätigt.

Manchmal sagt Heike Mohaupt auch noch, dass es doch wichtig sei für die Kinder, rauszukommen aus Mitte, aus diesem Biotop, das mit dem echten Leben nicht allzu viel zu tun habe. Und manchmal fügt sie hinzu, dass man

eine soziale Verantwortung habe, den Leuten gegenüber, denen es nicht so gut geht wie einem selbst. Und dass einer doch den Anfang machen müsse. Dann sieht sie das Unbehagen in den Gesichtern der Mütter. Stimmt, nicken sie, und ihre Augen sagen: aber nicht mit meinem Kind.

Abdülkerim Karabacak würde vermutlich die Augen rollen über einen Satz, in dem die Worte „soziokulturelles Umfeld“ vorkommen. Seine Sprache ist etwas direkter. „Ausländer werden in den Schulen diskriminiert“, sagt er.

Abdülkerim Karabacaks Tochter Eda geht mit Frederik in die Klasse 1f, und vielleicht ist das schon ein Erfolg. Weil man erst, wenn man beiden zuhört, ein Bild bekommt von dem, was jahrelang schiefgelaufen ist, an dieser und anderen Schulen in Neukölln, Kreuzberg, Wedding und im ganzen Land. Welches Gemenge aus Vorbehalten, schlechten Erfahrungen und Fehlern im Miteinander zusammenkommen muss, dass man am Ende eine Schule hat, die immer leerer wird, während andere, ein paar Hundert Meter entfernt, nicht wissen, wohin mit den Kindern.

Abdülkerim Karabacak sitzt in „Rebis Café“ in der Badstraße in Wedding, ein freundlicher, heller Raum mit großen Bildschirmen an den Wänden. Alle paar Minuten erscheint ein Name auf den Bildschirmen, daneben ein Stockwerk und eine Zimmernummer. Dann leert wieder ein Gast seine Kaffeetasse und steht auf. In dem Haus sind viele Arztpraxen, es war Abdülkerim Karabacaks Idee, im Erdgeschoss ein Café zu gründen, das gleichzeitig ein Wartezimmer ist. Seine Frau, die aus Polen kommt, und er führen das Café gemeinsam.

Abdülkerim Karabacak muss oft weg, zur Uni, er studiert Ingenieurwissenschaft. Er ist 37 Jahre alt und ziemlich erfolgreich mit dem, was er tut, als Cafébesitzer, als Bauleiter, aber es reicht ihm nicht. Der Universitätsabschluss wird ein weiterer Sieg sein, über den Lehrer an seiner Kölner Grundschule, der vor fast 30 Jahren sagte, dass dieses Gastarbeiterkind nur die Hauptschule schaffen werde. Abdülkerim Karabacak zeigt auf zwei elegante Frauen mit Kopftuch am Nachbartisch. Meine Schwestern, sagt er, auch sie seien zunächst auf eine Hauptschule geschickt worden. Später haben sie wie er das Abitur nachgemacht. Jetzt ist die eine Ärztin, die andere Betriebswirtin, er hat noch eine dritte Schwester, sie ist Heilpraktikerin.

Abdülkerim Karabacak ist ein kräftiger, selbstbewusster Mann mit einer lauten Stimme, die noch ein bisschen erregter wird, wenn er zusammenfasst, was er gelernt hat, damals, an der Grundschule: „Ausländische Kinder werden nicht gefördert, die werden abgestempelt.“ Er hat noch mehr Beispiele, aktuelle, aus dem Wedding, aus der Gustav-Falke-Schule, etwa die Geschichte

von seinem sechsjährigen Neffen, der einer Lehrerin sagte, er könne den Stoff schon, worauf sie geantwortet habe, wenn das so sei, könne er ja seine Sachen packen und gehen. Oder die von seinem Stiefsohn, der an einer Weddinger Realschule die Lehrerin fragte, ob man bei der Abschlussfahrt nicht in ein anderes Land fahren könnte. Sie habe geantwortet, mit so vielen Ausländern fahre sie nicht ins Ausland.

Es ist ein Klima entstanden, in dem nur solche Geschichten zählen. In dem nur das erinnert und weitererzählt wird, das die eigenen schlechten Erfahrungen bestätigt.

Vor ein paar Jahren sind sie von Köln nach Berlin gezogen, Abdülkerim Karabacak, seine drei Schwestern und der Vater, der als junger Mann aus der Türkei nach Deutschland kam und hier als Maurer gearbeitet hat, „wie ein Esel, 45 Jahre lang“, sagt Abdülkerim Karabacak. Er sagt, dass es viele gebe wie ihn: junge Unternehmer türkischer Herkunft, denen die Bildung ihrer Kinder enorm wichtig ist, „weil sie an ihren Vätern gesehen haben, dass man nichts wert ist, wenn man nichts gelernt hat“.

Eda, seine Tochter, sollte eigentlich nicht auf die Gustav-Falke-Schule, sie sollte auf gar keine Schule mit vielen Kindern aus Migrantenfamilien. Nicht wegen der Kinder. Wegen der Lehrer. Er hatte schon eine Privatschule ausgesucht. Dann warb die Gustav-Falke-Grundschule im Kindergarten seiner Tochter für diese Klasse, die anders sei. Seine Frau sagte, lass es uns versuchen, es ist näher und billiger.

Wenige Tage nach dem Treffen in seinem Café sitzt Abdülkerim Karabacak im Klassenzimmer der 1f, und rutscht auf seinem Stuhl hin und her, was an der Größe des Stuhles liegen kann, auf dem sonst Sechsjährige sitzen. Oder an den Worten der Mutter, die gerade spricht. Dieser Junge aus der höheren Klasse höre nicht auf, ihre Tochter zu ärgern, sagt sie, „Es ist der reine Terror, jetzt hat er ihr Kaugummi ins Haar geklebt, ich musste die Haare abschneiden.“ „Zu meinem Sohn hat er gesagt, ‚fick deine Mutter‘, ich dachte, ich höre nicht richtig“, sagt eine andere. Es wird jetzt laut beim Elternabend der Klasse 1f, die Eltern reden durcheinander, viele Kinder haben schon mal von diesem Jungen erzählt, von Schimpfwörtern, Geschubse, Schlägen. Abdülkerim Karabacak hält es nicht mehr aus, „meine Tochter hat kein Problem mehr mit ihm“, ruft er. „Und warum? Weil ich mit ihm geredet hab. Du bist ein Junge, hab ich gesagt, was ärgerst du Mädchen? Seitdem ist Ruhe.“

Die Eltern lachen unsicher, einer ruft, dass Herr Karabacak die Sache vielleicht für alle in die Hand nehmen sollte. Im Umgang mit frechen Jungs türkischer Herkunft hat er offensichtlich einen kulturell bedingten Vorteil, und es ist vielleicht nicht politisch korrekt, an männliches Ehr- und Überlegenheitsgefühl zu appellieren, aber anscheinend wirkungsvoll. Die Eltern schauen zu Sabine Gryczke, der Lehrerin, sie verspricht, mit der Klassenlehrerin des Jungen zu reden. „So einen werden sie an jeder Schule haben, das hat nichts mit dem Standort zu tun“, fügt sie noch hinzu, sie spürt, dass das jetzt nötig ist. Es steht eine gefährliche Frage im Raum. Die Frage, ob das ganze Projekt nicht doch bloß ein Experiment ist, das nicht gut gehen kann. Und sie ihre Kinder dafür hergegeben haben.

Ohne die Bereitschaft der Eltern, der Schule eine Chance zu geben, gäbe es die Klasse 1f nicht. Die Frauen und Männer, die in dem gelb gestrichenen Klassenzimmer an den Kinderpulten sitzen, haben nichts gemeinsam außer der Tatsache, dass sie, bis auf die drei Elternpaare aus Mitte, in Wedding wohnen und die meisten von ihnen ihre Kinder eigentlich nicht an die Gustav-Falke-Schule schicken wollten.

Vielleicht sind sie wichtiger als die Eltern aus Mitte, auf die die Schule es eigentlich abgesehen hatte. Mit denen wird in den kommenden Jahren möglicherweise noch weniger zu rechnen sein. Die Mieten südlich der Bernauer Straße steigen beständig, die Preise für Eigentumswohnungen auch. Wer in Zukunft herzieht, kann und will sich Prestige leisten, wahrscheinlich nicht nur bei der Wohnung. Ob eine Einschulung im armen Brunnenviertel da ins Bild passt, ist fraglich.

Mehr als die Hälfte der Eltern der Klasse 1f kommt nicht aus Deutschland, sie sind aus elf verschiedenen Nationen, wenn sie Deutsch sprechen, hört man ihnen an, woher sie kommen. Es sind Menschen, an die man nicht gleich denkt, wenn vom Brunnenviertel die Rede ist. Eltern wie sie werden gern mit dem Wort „bildungsbewusst“ versehen, weil sie sich Gedanken machen um die Zukunft ihrer Kinder, als ob das die anderen nicht täten, die ihren Nachwuchs in den letzten Jahren noch an der Gustav-Falke-Schule angemeldet haben. Es sind, im Verhältnis zum Rest der Schule gesehen, allerdings wenige türkische und arabische Eltern darunter.

Da ist Neves Quitando aus Angola, der vor 25 Jahren nach Deutschland kam, in der Staatsbibliothek arbeitet und für seine Tochter einen Platz an der Arkonaschule in Mitte hatte, dann aber doch die Gustav-Falke-Schule wählte. Weil er findet, dass diese Bildungsflucht keine Lösung sei, ein Kind müsse

doch da zur Schule gehen, wo es wohne. Da ist Elena Khasman, die Übersetzerin und Deutschlehrerin, die vor zwanzig Jahren aus Russland nach Berlin zog, vor ein paar Jahren eher zufällig im Wedding landete, und erschrak, als man ihr sagte, an den Schulen im Viertel werde ihr kleiner Sohn doch sowieso gemobbt und verprügelt, als eines der wenigen nicht türkisch- oder arabischstämmigen Kinder.

Da ist der Vater von Zoe, Sohn türkischer Einwanderer, der vor zwanzig Jahren selbst die Gustav-Falke-Schule besuchte und zunächst keinen Grund sah, warum seine Tochter dort nicht auch hingehen sollte. Dann sagten ihm Bekannte, dass es besser für die Entwicklung seiner Tochter sei, wenn sie nicht an eine Schule mit so vielen Migrantenkindern gehe. Zoes Vater zögerte. Er ist in Berlin geboren, aber er sagt, er fühle sich wohler unter Türken und will, dass seine Tochter möglichst viel von deren Kultur mitbekommt. Er ging dann doch zu seiner alten Schule, um zu beantragen, dass seine Tochter in eine andere als die zuständige Grundschule geht. Bitte, machen Sie das nicht, sagte die Direktorin, und erzählte ihm von der neuen Klasse.

Beim Treffen in seiner Wohnung zieht Zoes Vater einen Stapel zusammengehefteter Blätter aus dem Schrank. Eine Erinnerung an seine Grundschulklasse, die Kinder haben sich gegenseitig beschrieben und gemalt. Es ist ein Blick in eine andere Zeit, eine Zeit, als die Hälfte der Kinder einer Klasse noch Jessica, Nicole, Andreas oder Simon hießen, und die andere Hälfte Hatice, Meral, Meydin und Habib. 1990 steht auf dem Umschlag des Hefts, es ist das Schuljahr, in dem die Gustav-Falke-Schule aufhörte, an der Berliner Mauer zu liegen. Sie stand nun in der Mitte der Stadt, und blieb doch am Rand. Am Rand von Wedding, dem Stadtteil, der nie reich war, nun aber in Gegenden wie dem Brunnenviertel seine besserverdienenden Bewohner nach und nach verlor.

An Sabine Gryczke kann Zoes Vater sich nicht erinnern, vielleicht hat er sie mal auf dem Schulhof gesehen, die blonde langhaarige Lehrerin, die Ende der Achtzigerjahre an die Schule kam. Sabine Gryczke sitzt an ihrem kleinen Schreibtisch in der Ecke des Klassenzimmers, es ist still, die Erstklässler malen Worte auf ihre Übungsblätter. Sie sagt, dass die Klasse 1f für sie wie eine Reise zurück in jene Zeit ist. Eine angenehme Reise. Weil zum Elternabend fast alle Eltern kommen, und nicht nur sechs oder sieben. Weil sie im März zum ersten Mal seit Jahren eine Klassenreise machen wird, sie hatte damit aufgehört, als immer öfter Eltern die Reisekosten nicht bezahlten. Und weil am Montagmorgen die Kinder auf die Frage, was sie am Wochenende gemacht haben, nicht mehr sagen: ferngesehen, sondern von Museen erzählen und vom Kindertheater. Vieles war zusammengekommen in

den letzten Jahren. Der geringe Wortschatz der Kinder. Die zunehmende Armut der Familien. Probleme zu Hause, Trennungen, wechselnde Partner der Eltern. Alles in allem war eine Atmosphäre entstanden, in der das Lernen und das Unterrichten schwieriger wurde, sagt Sabine Gryczke.

Es gibt jetzt also eine Klasse, in der die Welt ein bisschen heiler ist als es zuletzt üblich war. Eine andere Lehrerin sagt, sie befürchte, nun auch die letzten Kinder, die gut Deutsch sprechen, zu verlieren, weil die in Zukunft durch den Sprachtest in die neue Klasse befördert würden. Ist da die Kritik nicht berechtigt, die zum Beispiel vom türkischen Elternverband kommt, dass eine solche Eliteklasse die restlichen Schüler diskriminiere?

Sabine Gryczke sagt, auf lange Sicht gehe es darum, wieder eine gemischte Schülerschaft zu haben, in der die Kinder voneinander profitieren können. Nur das rechtfertige die besonderen Klassen. Auch in der 1f gebe es Kinder, die „mitgezogen“ würden. „Es ist nicht so, dass das hier eine Überflieger-Klasse ist. Das Niveau ist einfach breiter gefächert.“

Es soll ja immer mehr der sogenannten NaWi-Klassen geben. Im nächsten Schuljahr werden zwei neue dazukommen, es gibt über 40 Anmeldungen. Am Ende werden diese Schüler für die anderen ein Gewinn sein, und umgekehrt, das ist die Idee. Auch, wenn sie sich nur außerhalb des Unterrichts begegnen, auf dem Schulhof, bei Projekten. Vielleicht, weil das etwas vage klingt, sagt Sabine Gryczke noch kämpferisch, dass sie die Probleme immerhin anpacken, als Schule, aus eigenem Antrieb: „Wir versuchen, uns freizustrampeln, einen Prozess wieder umzukehren.“

Man versteht, warum sie als Lehrerin für die neue Klasse ausgewählt wurde. Es musste jemand sein, der den Forderungen und Zweifeln der Eltern selbstbewusst zu begegnen weiß.

Vor Sabine Gryczkes Schreibtisch bildet sich jetzt eine Schlange, ein Kind nach dem anderen läuft nach vorn, um zu zeigen, was es geschrieben hat. Keno ist der erste, „Akwarijom“ steht in etwas wackligen Buchstaben auf seinem Blatt. „Super“, sagt Sabine Gryczke. Ein paar Monate nach der Einschulung kommt es nicht darauf an, dass die Erstklässler fehlerfrei schreiben. Sondern darauf, dass sie selbstständig versuchen, Laute zu Buchstaben werden zu lassen. Und vielleicht kann man die Bedeutung der Klasse 1f auch so zusammenfassen: dass es durch sie wieder Kinder an der Schule gibt, die nach ein paar Monaten versuchen, ein schweres Wort wie Aquarium zu schreiben. Es ist ein Anfang.

Heike Mohaupt hat noch zwei jüngere Kinder, vielleicht werden sie in ein paar Jahren auch auf die Gustav-Falke-Schule gehen.

Abdülkerim Karabacak wird genau hinsehen in den nächsten Monaten, er wird prüfen, ob er die Schule gut genug findet für seine Tochter. „Wenn es uns hier nicht mehr passt, kommt Eda auf eine Privatschule“, sagt er. Vorerst bleibt sie.

Berliner Zeitung, 19.2.2011

- [Leserbrief »](#)

[IMPRESSUM](#) [KONTAKT](#) [MEDIADATEN](#)





Bildhauer Michael Spengler verlegt den letzten Ziegelstein mit dem Fußabdruck der fünfjährigen Neva (mit Doktorhut).

Foto: Dirk Jericho

Bleibende Spuren

Michael Spengler macht mit Kunst Lebensschritte sichtbar

Wedding. Am Freitag wurden vor der Kita „Kinderparadies“ in der Ackerstraße Ziegelsteine mit Fußabdrücken der Vorschulkinder verlegt. Der Künstler Michael Spengler will mit der Aktion „Lebensschritte“ Spuren sichtbar machen.

Zum Abschied bekommen die Vorschulkinder immer feierlich eine Vorschulurkunde überreicht. Danach schmeißen die Schulanfänger ihre Doktorhüte in die Luft. Doch die 25 Kinder, die in diesem Jahr den privaten Kindergarten vom türkischen Bildungsverein Tüdesb verlassen, haben bleibende Spuren hinterlassen.

Für Jedes Kind wurde ein Ziegelstein mit seinem Fußabdruck und Vornamen auf dem Gehweg verlegt. Die Idee zum Projekt „Lebensschritte“ hatte der Bildhauer Michael Spengler, der in seinem Atelier „Denkwerk“ auf dem Elisabethfriedhof ganz

individuelle Grabsteine zusammen mit den Angehörigen entwickelt, die als „Denkwerke“ unverwechselbar mit dem Verstorbenen in Verbindung stehen.

„Jeder Mensch hinterlässt Spuren. Die möchte ich mit dem Projekt Lebensschritte sichtbar machen, weil jeder Mensch wichtig ist und sich die Welt anders drehen würde, hätte es ihn nicht gegeben“, sagt Michael Spengler.

Die Kunstaktion würde zudem die Identifikation mit dem Kiez fördern. Eine Intention, die auch das Quartiersmanagement verfolgt. Die Kosten für die Herstellung der Fußabdrücke wurden aus dem Miniprojekt-Topf des Quartiersmanagements bezahlt.

Mit dem Thema Lebenswege und Spuren beschäftigt sich der Künstler seit vielen Jahren. Bereits 1992 hat er das Projekt „Gehsteine“ erfunden und Abdrücke auf den Gehwegen verschiedener europäischer Städte „zur

Veranschaulichung menschlichen Abtriebes auf der Welt“ genommen.

Bei einem Stipendiatsaufenthalt im schleswig-holsteinischen Künstlerhaus in Eckernförde hat Spengler bei einem gleichen Projekt mit dem Titel „Lebenswege“ Klinkersteine mit 800 Kinderfußabdrücken in der Stadt verlegt.

Das Roggenfeld, das jedes Jahr im ehemaligen Todesstreifen vor der Kapelle der Versöhnung an der Bernauer Straße angelegt wird, ist ebenfalls eine Kunstaktion von Michael Spengler. Das Getreidefeld steht als Metapher für die Kultivierung des einstigen Todesstreifens.

Spengler will die Aktion „Lebensschritte“ weiterführen und mehr Ziegelsteine mit Fußabdrücken vor Kitas und Schulen verlegen. „So werden sich die Kinder später wieder finden, in ihrem Kiez, vor ihren Schulen, die sie einst besucht haben“, so der Künstler. DJ

DER TAGESSPIEGEL



06.09.2011 17:00 Uhr | Von Barbara Kerbel

Integration an Schulen

Ohne Härte geht es nicht

Schüler aus dem Weddinger Brunnenviertel diskutieren mit Politikern über Integrationspolitik. Geht es nach ihnen, ist die Politik seit Jahren auf dem Holzweg.



Beim Thema Integration wissen die Schüler des Diesterweg-Gymnasiums, der Ernst-Reuter-Oberschule und der Willy-Brandt-Oberschule ganz genau was sie wollen: Mehr Härte. - FOTO: KAI-UWE HEINRICH/TSP

Wie viel Zwang braucht Integration? Viel – weil es ohne nicht geht. Das ist die Antwort, die Oberstufenschüler aus dem Weddinger Brunnenviertel geben, nachdem sie sich mehrere Monate lang mit der Frage beschäftigt haben, wie Integration gelingen kann und warum es dabei immer wieder so große Probleme gibt.

Die beteiligten Schüler der neunten, zehnten und elften Klassen wissen, wovon sie sprechen. Sie besuchen im Wedding Schulen, an denen mehr als 80 Prozent der Schüler aus Einwandererfamilien

kommen: die Ernst-Reuter-Oberschule, das Diesterweg-Gymnasium und die Willy-Brandt-Oberschule.

In der Regel verbringen Politiker, Sozialarbeiter, Soziologen und auch Journalisten viel Zeit damit, über diese Jugendlichen zu sprechen statt mit ihnen.

Das Projekt „Integration durch Bildung“ des Bildungsverbunds Brunnenviertel will das ändern und den Jugendlichen im **Wahljahr 2011** selbst eine Stimme geben. Am Freitag stellten die Schüler ihre in Arbeitsgruppen, einem Grund- und einem Leistungskurs erarbeiteten Thesen vor – und diskutierten diese mit den beiden ehemaligen Regierenden Bürgermeistern Walter Momper (SPD) und Eberhard Diepgen (CDU) sowie der Grünen-Landesvorsitzenden Bettina Jarasch. Moderiert wurde die Debatte von Gerd Nowakowski, Leitender Redakteur des Tagesspiegels.

„Wir, die hier sitzen, werden hier im Wedding unser Abitur machen“, sagte Ibrahim Atriss, 17, Schüler der Ernst-Reuter-Schule. „Aber wir würden unsere Kinder nicht auf die Schulen schicken, die wir selbst besuchen.“ Mancher Zuhörer musste schon ein

bisschen schlucken, welche Lösungen die Jugendlichen vorschlugen, um die Probleme ihrer eigenen Schülergruppe zu lösen: Lehrer sollten autoritärer sein, Schwänzen sollte am besten mit Kindergeldentzug bestraft werden. Die Justiz müsste kriminelle Jugendliche schneller und härter bestrafen und schließlich, **weil Deutschkenntnisse den Schülern zufolge entscheidend für alles Weitere sind**, sollte nicht nur der Kindergartenbesuch Pflicht werden – sondern auch die Eltern müssten dazu verpflichtet werden, Deutsch zu lernen. „Wenn der Vater kein Deutsch spricht, spricht die ganze Familie kein Deutsch“, sagte der 18-jährige Souhaib Bassal, Schüler der Ernst-Reuter-Schule.

Mit der liberalen Haltung vieler Lehrer kommen die Schüler nicht klar. Von zu Hause sind sie anderes gewohnt. Lesen Sie weiter auf Seite 2.

Mehr Härte, mehr Konsequenz, mehr Strenge: Das zog sich durch alle Thesen. Kritisch und selbstkritisch setzten sich die Schüler mit ihren Schulen, sich selbst und ihren Mitschülern auseinander. „Die meisten Schüler aus türkischen und arabischen Familien kommen mit der liberalen Haltung vieler Lehrer nicht klar“, sagte Souhaib. „Wir sind vom Elternhaus mehr Strenge gewohnt.“ Folglich, so das Fazit der Schüler, könne durch Disziplin gerade bei Schülern mit Migrationshintergrund mehr erreicht werden. Andererseits müsste aber auch der Unterricht interessanter gestaltet werden.

„Ich bin überrascht, welche Forderungen ihr stellt“, sagte Grünenpolitikerin Jarasch. Eberhard Diepgen sagte, er unterstütze die Forderung der Jugendlichen, Lehrer speziell auf den Umgang mit Schülern aus Einwandererfamilien vorzubereiten. Lehrer müssten den kulturellen Hintergrund der Schüler kennen – und auch Grundkenntnisse des Islam haben.

Kann Integration gelingen, wenn 80 Prozent der Schüler nichtdeutscher Herkunft sind? Und wie kann man eine bessere Schülermischung erreichen? „Unsere Schulen liegen zwischen Mitte und Wedding“, sagte die 18 Jahre alte Deniz Ertogrul. „Aber trotzdem kommen keine deutschen Kinder aus Mitte.“ Ein Schüler aus dem Publikum fragte die Politiker auf dem Podium: „Wer von Ihnen würde seine Kinder oder Enkelkinder hier zur Schule schicken?“ Er mache es sich nicht so leicht, einfach „nein“ zu sagen, sagte Diepgen. Vielmehr komme es auf die Atmosphäre in der Schule an. **Schulen müssten gerade in sozialen Brennpunkten besonders attraktiv gestaltet werden.**

Die Schüler überzeugte das kaum. **Die Reformen der vergangenen Jahre** hätten nichts gebracht, sagte Souhaib und fiel wiederholt Walter Momper ins Wort, der sich gegen zu viel Zwang aussprach und für freiwillige Bemühungen der Zuwanderer warb. „Die Kurse müssen Pflicht sein“, beharrte der 18-Jährige. Eltern müssten notfalls sanktioniert werden: „Sonst bringt das alles gar nichts.“

Projektleiterin Ingke Brodersen war beeindruckt, wie selbstbewusst die Schüler ihre Forderungen vertraten. Das Projekt habe bei den Jugendlichen offenbar das Bewusstsein geschaffen: „Wir können uns einmischen, und wir wollen das auch.“

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/berlins-problemviertel-konzentrieren-sich-im-westen/3713896.html>

DER TAGESSPIEGEL

ERUM COGNOSCE CAUSAS

20.01.2011 18:08 Uhr | Von Ralf Schönball

Sozialbericht

Berlins Problemviertel konzentrieren sich im Westen

Der neue Sozialatlas sieht die Kinderarmut in den Brennpunkten der Stadt auf dem Vormarsch, obwohl die Arbeitslosigkeit dort überdurchschnittlich abnimmt. Zu den Absteigern zählen besonders Westbezirke.



Die Gegend um das Kottbusser Tor zählt zu den Brennpunkten, doch andere Teile Kreuzbergs gehören zu den sozialen Aufsteigern. - FOTO: MIKE WOLFF

Die Zunahme der Kinderarmut in den sozialen Brennpunkten der Stadt zählt zu den wichtigen Ergebnissen des neuen Berichtes zur sozialen Lage in Berlin, den die Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer am Donnerstag vorgestellt hat. Besonders stark nahm die Zahl der bedürftigen Kinder in Spandau-Mitte sowie in den Stadtteilen Wedding und Moabit zu. Auch in Neukölln-Nord sind immer mehr Eltern auf soziale Transfers angewiesen, was die Studie als Kennzeichen von Kinderarmut wertet.

„Arbeit zu finden heißt nicht, der Armut zu entkommen“, sagt Stadtsoziologe Hartmut Häussermann. Für den Verfasser der Studie zeigt die Entwicklung, dass die Stabilisierung problematischer Quartiere kein Selbstläufer ist, selbst wenn wirtschaftliches Wachstum mehr Arbeit schafft.

Vielmehr zwingen Minijobs oder schlecht bezahlte Stellen immer mehr Menschen dazu, außerdem noch staatliche Hilfen in Anspruch zu nehmen, um über die Runden zu kommen. „Wir nehmen diese Frage ernst“, sagte auch Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer.

Sie sieht aber auch gute Nachrichten: Während sich auf der sozialen Landkarte der Stadt in früheren Jahren die Schere zwischen arm und reich sowie zwischen erwerbstätig und arbeitslos weiter öffnete, hat sich dieser Trend verlangsamt. Ausgerechnet in Brennpunkten, die größtenteils in der westlichen Innenstadt liegen, ging die Arbeitslosigkeit stärker zurück als in gut bewerteten Quartieren, liegt dort aber immer noch deutlich höher. Von „Entwarnung“ sprach dennoch Stadtsoziologe Häussermann. Weil der Senat in den betroffenen Vierteln Familienzentren aufbaut, Bildungsverbände

schmiedet und Kiezinitiativen mit dem Programm „Aktionsraum Plus“ fördert, sieht sich Senatorin Junge-Reyer in ihrer Arbeit bestätigt: „Die sozial problematischen Gebiete haben sich nicht von der gesamtstädtischen Entwicklung abgekoppelt.“

Dass Kreuzberg und Nord-Neukölln nun auch als Wohnorte so in Mode gekommen sind, hat sich auch in den Statistiken des „Sozialmonitorings“ niedergeschlagen – die Quartiere zählen zu den Aufsteigern. Dagegen spitzt sich die Lage in einigen Großsiedlungen zu: in Marzahn-Hellersdorf, aber auch in der Gropiusstadt und dem Märkischen Viertel „steigt die Problemdichte“, sagt Häussermann. Bedenklich sei diese Entwicklung, und es drohten sich dort die „Slums des 21. Jahrhunderts“ zu entwickeln.

Ein weiterer Trend ist die „kontinuierlich ansteigende Zahl der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im ganzen Stadtgebiet“, sagt der Stadtsoziologe. Fast jeder zweite Berliner unter 18 hat keine deutsche Wurzeln (43,1 Prozent). Häussermann zufolge fächert sich aber bei einem Blick auf die sozialen Faktoren diese Gruppe immer stärker auf, weil es eben „bürgerliche“ Migranten mit Hochschulabschluss und steiler Karriere gibt, auch mit muslimischen Wurzeln. Deshalb will er keinen Zusammenhang zwischen Migranten und Arbeitslosigkeit gelten lassen: In Nord-Marzahn etwa sei nicht mal jeder vierte Jugendliche ein Migrant, trotzdem ist dort jeder zehnte Jugendliche arbeitslos. Dagegen ist in Neukölln-Nord die Jugendarbeitslosigkeit geringer, obwohl vier von fünf Jugendlichen ausländische Wurzeln haben. „Die soziale Lage hat mit dem Migrationshintergrund wenig zu tun“, folgert der Stadtforscher.

Trotz der Erfolge ist die weitere Finanzierung der sozialen Programme laut Senatorin Junge-Reyer noch offen. Es gebe eine „Lücke von fünf bis acht Millionen Euro“, die der Bund gerissen habe durch die Kürzung der Mittel für die Soziale Stadt. Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen forderte nach der Veröffentlichung des Berichtes: „Angesichts der andauernd großen Problemlagen in der Stadt muss das Programm soziale Stadt unbedingt fortgesetzt werden“. Das Programm sei ein „Erfolg“.

Eingeordnet werden die Quartiere in vier Gruppen nach sechs Faktoren: Langzeitarbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Aufstocker (Empfänger staatlicher Hilfe trotz Erwerbstätigkeit), Kinderarmut, Anteile von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In Berlin gibt es 34 Quartiere in der Gruppe 4 mit „sehr niedrigem Entwicklungsindex“. Darunter in Mitte Körnerstraße und Huttenkiez, in Friedrichshain-Kreuzberg Askanischer Platz und Mehringplatz, in Charlottenburg die Paul-Hertz-Siedlung, in Neukölln die Schillerpromenade und die Silbersteinstraße, in Marzahn-Hellersdorf Marzahn-West. Von Gruppe 4 „aufgestiegen“ sind der Oranienplatz in Kreuzberg, Wissmannstraße und Hertzbergplatz in Neukölln.

Einen sprunghaften Aufstieg von Gruppe vier in Gruppe zwei haben die Eckschanze in Spandau, die Zillesiedlung in Mitte und am Tierpark in Lichtenberg. Dagegen sind in Mitte der Beusselkiez, die Jungfernheide in Charlottenburg-Wilmersdorf, der Germaniagarten in Tempelhof-Schöneberg abgestiegen. Sogar um zwei Stufen verschlechtert haben sich die Heidestraße in Mitte sowie in Neukölln die Ederstraße.

Jedes dritte Kind lebt in Armut

Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2010 vorgestellt / Bundeskürzungen bedrohen Quartiershilfen

Von Martin Kröger

Es ist so was wie ein soziales »Frühwarnsystem«. Seit 1999 untersuchen Stadtforscher der Humboldt-Universität (HU) um Hartmut Häussermann kontinuierlich die soziale Lebenssituation der Menschen in Berlin in ihren Kiezen. Die dabei gewonnenen Daten zu Arbeitslosigkeit, Kinderarmut und dem Anteil von Migranten an der Bevölkerung liefern die wesentliche Grundlage für die Tätigkeiten des Senats vor Ort.

»Mit Hilfe des Monitoring Soziale Stadt sehen wir genau, wo sich kritische Entwicklungen abzeichnen und wo sich Verbesserungen der Lebenssituation nachweisen lassen«, erklärte Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) gestern bei der Vorstellung des neuesten Berichts für den Zeitraum des Jahres 2009. In der Studie wurden berlinweit 447 Quartiere mit durchschnittlich 7500 Einwohnern erfasst und in vier Kategorien bewertet.

Aus Sicht Junge-Reyers bestätigen die Ergebnisse die Senatspolitik: »Erfreuliche Botschaft auch in diesem Jahr ist, dass die sozial problematischen Gebiete sich nicht von der gesamtstädtischen Entwicklung abgekoppelt haben.« So habe die Jugendarbeitslosigkeit dort um 2 Prozent abgenommen, während es in Gesamtberlin einen Rückgang von 0,2 Prozent gegeben habe. Wermutstropfen dabei: In den Problemlagen nahm im gleichen Zeitraum 2008 und 2009 die Kinderarmut leicht auf 71,3 Prozent zu, während sie in Gesamtberlin auf 37,4 Prozent geringfügig abnahm. Dennoch zeige die Entwicklung, so Junge-Reyer, »dass wir die richtigen Gebiete ausgewählt haben, um mit Quartiersverfahren benachteiligte Kieze zu stärken«.

Die Gebiete mit den größten sozialen Problemen liegen laut Forschungsleiter Häussermann weiter in der westlichen Innenstadt und den östlichen Randgebieten: Wedding, Moabit, Kreuzberg-Nord, Nord-Neukölln und Hellersdorf-Nord sowie Marzahn-Nord. Auffällig an allen Problemlagen ist jedoch, dass, obwohl hier mehr Menschen einen Job finden, dennoch die Kinderarmut weiter zunimmt. Ein Hinweis auf die Ausbreitung des Niedriglohnsektors. »Arbeit zu haben heißt nicht mehr automatisch, aus der Armut zu kommen«, erklärte Häussermann. Auch angesichts der Integrationsdebatte machten die Forscher interessante Beobachtungen. Denn das Klischee »Migrant = soziales Problem« taugt nicht mehr. Unter den Jugendlichen Berlins haben inzwischen 43,1 Prozent einen Migrationshintergrund. Trotzdem gibt es in den westlichen Randgebieten mit einem hohen Anteil an Migranten weniger soziale Probleme als in Marzahn und Hellersdorf, wo vergleichsweise wenig Migranten wohnen. »Über die Migranten zu reden, ist immer sinnloser und falscher«, so Häussermann.

Berlins Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer will jetzt mit den Bezirken die weiteren Maßnahmen besprechen. Gute Ansätze aus den vergangenen Jahren wie im Reuterkiez und Brunnenviertel sind unterdessen stark bedroht, weil die schwarz-gelbe Bundesregierung das Förderprogramm »Soziale Stadt« massiv gekürzt hat. Eine Deckungslücke für Quartiersmanagements, Familienhilfen und Stadtteilmütter von »fünf bis acht Millionen Euro« klafft, räumte Junge-Reyer auf Nachfrage ein. Die SPD-Senatorin bemüht sich zur Zeit in Verhandlungen mit dem Finanzsenat, dass das Land Berlin die Bundesmittel kompensiert.

Extrem-Ergebnisse des Monitorings

- Wie im Vorjahr auf Rang 1: Quartier Eldenaer Straße (Alter Schlachthof). Indikatoren: Deutliche Zunahme der Einwohner, Abnahme der Kinderarmut. Aus einem traditionellen Arbeitsstättengebiet wurde ein attraktiver innerstädtischer Standort für vermögende, junge Familien.
- Auf dem letzten Rang: Quartier Moritzplatz in Friedrichshain-Kreuzberg. Indikatoren: Entgegen dem gesamtstädtischen Trend Zunahme von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit sowie Zunahme der Kinderarmut.
- Alle Ergebnisse im Internet: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/index.shtml[1]

Links:

1. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/index.shtml

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/189016.jedes-dritte-kind-lebt-in-armut.html>

Kinderarmut in sozialen Brennpunkten gestiegen

Die Spaltung Berlins in arme und reiche Stadtviertel hat sich trotz des Einsatzes von rund 70 Millionen Euro aus den verschiedenen Förderbereichen für die soziale Stadtentwicklung im vergangenen Jahr nicht umkehren lassen - allerdings hat sie sich auch nicht weiter verschärft. Das geht aus dem aktuellen Sozialatlas hervor, den Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge- Reyer gestern vorgelegt hat.

Die problematischen Gebiete hätten sich aber erfreulicherweise nicht von der Gesamtentwicklung Berlins abgekoppelt, betonte Junge-Reyer. Bei wichtigen Indikatoren wie der Arbeitslosigkeit seien Fortschritte zu sehen - ein Beleg dafür, dass der Senat seine Entwicklungsarbeit auf die richtigen Gegenden ausgerichtet habe. Die Kürzungen des Bundes beim Programm "Soziale Stadt" um 70 Prozent seien vor diesem Hintergrund kontraproduktiv, kritisierte die Senatorin. Das Bundesprogramm "Soziale Stadt" war im Jahr 1999 gegründet worden, um die "Abwärtsspirale" in benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten und die Lebensbedingungen dort zu verbessern. Die Finanzierungslücke, die sich für Berlin durch den Wegfall der Bundesmittel in diesem Jahr auf fünf bis acht Millionen Euro belaufe, versprach die Senatorin jedoch zu schließen. "Der Senat berät bereits über Kompensationsmittel, damit die begonnene erfolgreiche Arbeit fortgesetzt werden kann", so Junge-Reyer. Trotz der finanziell angespannten Lage sollen einige Projekte, wie etwa die Stadtteilmütter, die Bildungs- und Sportverbände weiter ausgeweitet werden. "Denn schon jetzt zeigt sich, dass Stadtteile und Quartiere dann aufsteigen, wenn diese innovativen Ansätze und deren Vernetzung vor Ort - wie im Reuterkiez oder im Brunnenviertel - konsequent betrieben werden".

Großen Handlungsbedarf macht der Bericht auch weiterhin beim Thema Kinderarmut aus. Als arm gelten Kinder, deren Eltern von Transferleistungen leben. Berlinweit stagnierte ihre Zahl im Betrachtungszeitraum 2008 bis 2009 bei 37,4 Prozent. In den problematischsten Stadtteilen dagegen stieg die Zahl sogar leicht auf 71,3 Prozent (+0,3 Prozent). Damit ist die Zahl der armen Kinder rund achtmal so hoch wie in den Top-Lagen der Stadt (8,1 Prozent).

"Die sozialen Unterschiede haben sich, wie auch in den Jahren zuvor, weiter verfestigt", so der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Gregor Hoffmann. Die Mehrzahl der Gebiete mit den höchsten Problemdichten sei trotz des hohen Mitteleinsatzes über das Quartiersmanagement oder über Modellprojekte in ihrem niedrigen Sozialstatus verblieben.

"Zwar gibt es auch relative Verbesserungen in einzelnen Aktionsräumen, aber diese sind mehr den sich ständigen Veränderungen in einer Großstadt, zum Beispiel durch Umzug oder Zuzug geschuldet, als einer echten Beseitigung der Ursachen", ist Hoffmann überzeugt. Nach wie vor seien in Berlin Armut und Arbeitslosigkeit die ungelösten Probleme. Vor allem Problemgruppen des Arbeitsmarktes konnten nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Wenn zehn Prozent aller Schulabgänger noch nicht einmal über einen Hauptschulabschluss verfügen, seien viele Probleme hausgemacht. Hoffmann: "Wir fordern deshalb vom Senat eine abgestimmte Sozialplanung für Berlin."

